

Allgegenwärtige Versuchung

Antisemitismus in Österreich

Der Kommunikationswissenschaftler Maximilian Gottschlich untersucht die Judenfeindlichkeit in Österreich. Auch 25 Jahre nach der Waldheim-Affäre schreibt er dem Land einen «schlampigen Umgang» mit der antisemitischen Vergangenheit zu.

Charles E. Ritterband

Anfang der 1920er Jahre lebten rund 200 000 Juden in Wien, Ende 1945 waren es noch 5500, und bis heute hat sich ihre Zahl höchstens auf das Dreifache bis Vierfache vergrössert. Zwischen 1938 und 1945 wurden 65 459 Juden in den Konzentrationslagern der Nazis ermordet. Das Verhältnis zwischen den wenigen Juden, die nach 1945 zurückgekehrt waren, und ihrer Nation blieb jahrzehntelang überschattet von der Tabuisierung der österreichischen Mit-



Maximilian Gottschlich: Die grosse Abneigung. Wie antisemitisch ist Österreich? Kritische Befunde zu einer sozialen Krankheit. Czernin, Wien 2012. 279 S., Fr. 35.50.

schuld an der Shoah und der, wie es Maximilian Gottschlich in seinem Werk «Die grosse Abneigung» nennt, «kollektiven Opferlüge», die Österreich nicht als NS-Täter, sondern im Gegenteil als erstes Opfer der Nazis hingestellt habe.

«Brunnenvergiftung»

Das Schicksal der Juden und der Antisemitismus in Österreich waren kein Thema in der Nachkriegszeit. So tat der Sozialist Theodor Körner, der erste Bürgermeister Wiens nach 1945 und später der erste direkt gewählte Bundespräsident, jeglichen Vorwurf des Antisemitismus als «Rufmord», ja als «ärgste Brunnenvergiftung» ab.

Antisemitismus und Opfermythos, so Gottschlich, seien eine verhängnisvolle Allianz eingegangen, an der Österreich noch heute zu tragen habe. Auch der noch heute in Österreich verehrte Bruno Kreisky habe sich – bewusst oder unbewusst, dies lässt Gottschlich offen – des latenten österreichischen Antisemitismus bedient, dessen Charakteristik schon immer darin bestanden habe, zwischen «guten» und «bösen» Juden zu unterscheiden. Erst die Kontroverse um die Wahl Kurt Waldheims zum Bundespräsidenten im Jahr 1986 habe die «Opferlüge» entlarvt, das Schweigen durchbrochen, die Geschichte dem Vergessen entrissen und Österreich unter internationalem Druck gezwungen, sich endlich, 40 Jahre nach Kriegsende, den dunklen Kapitelen seiner Vergangenheit zu stellen.

«Immunschwäche»

Die Antwort auf die Frage, ob denn Österreich auch heute noch ein antisemitisches Land sei, fällt aus der Sicht Gottschlichs ambivalent aus. Er diagnostiziert eine «ausgeprägte Immunschwäche» gegen den Antisemitismus, eine «verminderte Widerstandskraft gegen die allgegenwärtige antisemitische Versuchung». In einer Erhebung aus dem Jahr 2011 ermittelte Gottschlich, dass mehr als jeder fünfte Befragte forderte, Österreich brauche «mutige Politiker, die ihre Stimme gegen den jüdischen Einfluss im Land erheben». 46 Prozent finden, es müsse jetzt Schluss sein mit der Verarbeitung der NS-Zeit.

Die Analyse der historischen, tiefer liegenden Ursachen des österreichischen Antisemitismus bleibt bei Gottschlich eher dünn. Nicht ganz zu Unrecht stellt er allerdings den «schlampigen» Umgang Österreichs mit seiner Vergangenheit dem «schlampigen» Verhältnis zur Demokratie gegenüber.

Theodor Heuss – Adenauers Alter Ego

Der erste deutsche Bundespräsident als prägende Figur des Neubeginns nach dem Zweiten Weltkrieg

Während Konrad Adenauer als erster deutscher Bundeskanzler Gründerruhm geniesst, ist der erste Bundespräsident, Theodor Heuss, fast schon in Vergessenheit geraten. Eine neue Biografie beleuchtet die Verdienste dieses grossen Staatsoberhauptes.

Jürg Dedial

Aus heutiger Sicht wird die frühe Zeit der Bundesrepublik weitgehend als Ära Adenauer empfunden. Der CDU-Politiker prägte den jungen Staat und legte diesen gegen vielfältige Widerstände auf einen westlich-atlantischen Kurs fest. Als bedrängter Demokrat hatte er die Hitler-Jahre in der inneren Emigration durchlitten und nun zu einer überragenden Alterskarriere gefunden. Fast vergessen ist heute aber, dass Adenauer mit Theodor Heuss eine Art Alter Ego zur Seite hatte, das ihn in vielerlei Hinsicht ergänzte, oft aber auch bremste und mit der Kraft seiner liberalen Überzeugungen zu mässigen wusste. Wenn Adenauer als Bundeskanzler wie der Motor des jungen Staates erschien, so war Heuss als erster Bundespräsident dessen Seele.

Bürger als Präsident

Es ist das Verdienst des Publizisten Peter Merseburger, dem Menschen und Politiker Theodor Heuss eine umfassende und differenzierte Biografie gewidmet zu haben. Merseburger zeichnet das Porträt eines vielseitigen, weltoffenen Vertreters des deutschen Bildungsbürgertums, das wie kaum eine Gesell-

schaftsschicht durch die Wechselbäder der Epochen geprüft und herausgefordert wurde. Heuss, geboren 1884, wuchs in einem schwäbischen Milieu auf, das man heute als linksliberal bezeichnen würde und das auch den angenehmen Seiten des Lebens keineswegs abhold war. Es war kein Zufall, dass er eine volkswirtschaftliche Doktorarbeit über den Heilbronner Weinbau schrieb.

Heuss' Geselligkeit war Teil seines Talents, Beziehungen und Freundschaften zu knüpfen, was ihm half, schon früh im politischen Journalismus Fuss zu fassen und sich auch selbst politisch zu betätigen. Er war bereits in jungen Jahren eine geachtete Stimme im Umfeld des liberalen Theologen und Politikers Friedrich Naumann, der für ihn zum Vorbild und Mentor wurde. Doch Heuss huldigte nicht einem bedingungslosen Liberalismus, sondern pflegte Kontakte über diverse Grenzen hinweg und war offen für verschiedene Ideen und Lehrmeinungen seiner Zeit.

Stets aber war Heuss ein rigoroser Verfechter rechtsstaatlicher Normen und demokratischer Institutionen. Im Mittelpunkt seiner politischen Arbeit, die er unter dem Eindruck des Ersten Weltkriegs und der Weimarer Republik vorantrieb, stand das Streben nach einem starken Parlament. Ab 1924 war er mit Unterbrüchen bis 1933 Reichstagsabgeordneter und oft eine mutige Stimme in der immer heftiger werdenden braunen Brandung. Den Nazis war er ein Dorn im Auge, spätestens nachdem er eine vielbeachtete kritische Biografie über Hitler geschrieben hatte.

Doch auch Heuss unterschätzte bis zuletzt den kriminellen, gewalttätigen Charakter des Hitlerregimes, und als er des Irrtums gewahr wurde (im Juli 1933

wurde ihm das Parlamentsmandat entzogen), war es zu spät. Merseburger zeigt eindrücklich das Dilemma auf, in dem sich rechtsstaatliche Überzeugungen unter dem Druck einer Diktatur verfangen können. Heuss brachte sich mit kulturpolitischen Betrachtungen durch, schrieb eine Biografie über Naumann und konnte eine Zeitlang auch noch aussenpolitische Kommentare veröffentlichen, die man heute als eher heikel bezeichnen würde. Andererseits unterhielt er auch Kontakte zum Widerstand gegen Hitler, mit denen er sich



Peter Merseburger: Theodor Heuss. Der Bürger als Präsident. DVA, München 2012. 672 S., Fr. 40.90.

zeitweise sehr gefährdete und die 1943 einen Umzug von Berlin nach Heidelberg angeraten erscheinen liessen.

Liberaler Überzeugungen

Nach dem Zusammenbruch Hitler-Deutschlands waren es dann ausgerechnet amerikanische Militärzensoren, die Theodor Heuss wieder in die Publizistik zurückbrachten. Er wurde Mitherausgeber der neuen «Rhein-Neckar-Zeitung» und gelangte auch wieder in die Politik, die er mit seinem Engagement beim Aufbau der liberalen Partei FDP belebte. Als 1948 der Parlamentarische Rat einberufen wurde, welcher in Bonn das Grundgesetz der Bundesrepublik

ausarbeiten musste, war es nur logisch, dass Heuss als profunder Kenner parlamentarischer Mechanismen in dieses Gremium berufen wurde. Er leistete als Fachmann und Vermittler über ideologische und prozedurale Gräben hinweg alleseits respektierte Arbeit. Es konnte daher kaum erstaunen, dass er am 12. September 1949 zum ersten Bundespräsidenten gewählt wurde.

Gewissen der Nation

Theodor Heuss, mittlerweile 65-jährig, brachte vieles mit, was dem knöchernen Bundeskanzler abging. Bei Adenauer lag die Macht. Aber Heuss war die moralische Instanz in einem Land, das noch unter tiefer Not litt. Sein joviales, humorvolles und bescheidenes Wesen verkörperte Tugenden, die ihn schnell beliebt machten. Er war ein volksnaher Präsident, der diese Nähe suchte und genoss. All dies konnte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Heuss in vielen Fragen ein unangenehmer, unnachgiebiger Antipode zu Adenauer war, der seinen Spielraum rigoros ausnützte und sich gerade dadurch auch Respekt beim Kanzler verschaffte.

Ein Mittel hierzu waren die Reden, die Heuss unter dem Signum «Feldzüge gegen das Vergessen» hielt und in welchen er von seinen Landsleuten mit Nachdruck eine Auseinandersetzung mit der Nazivergangenheit forderte. Diese Ansprachen lesen sich auch heute noch wie eindrückliche Manifeste einer unerschütterlichen demokratischen Überzeugung und eines tiefen Geschichtsbewusstseins und sind einer der Gründe, weshalb Heuss als grosser deutscher Bundespräsident in Erinnerung behalten werden darf.

Demokratisierung reformieren

Rechtsstaatliche Mängel von State-Building-Missionen

Thomas Speckmann · Die heutige Schriftstellerin und Publizistin Juli Zeh kam im Sommer 2003 nach Sarajevo, um in der Rechtsabteilung der internationalen Verwaltungsbehörde für Bosnien-Herzegowina zu arbeiten. «Paradoxe Weise erfolgt der Aufbau demokratischer Strukturen mit völlig undemokratischen Mitteln», resümiert Zeh ihre Erfahrungen aus dem Einsatz.

Fehlende Gewaltenteilung

Mit diesem Paradox befasste sich Zeh bereits im Rahmen ihrer Doktorarbeit über das «Übergangsrecht» der internationalen Missionen in Bosnien-Herzegowina und Kosovo. Die nicht selten jahrelange Verwaltung eines Staates erfordert nach Zehs eigener Beobachtung vor Ort eine Vielzahl von Entscheidungen, die in einer souveränen Demokratie von lokalen Institutionen, also Regierung und Parlament, getroffen würden. Wenn allerdings diese Institutionen noch nicht oder nicht mehr existieren oder ungenügend funktionieren, trifft die internationale Verwaltung selbst die notwendigen Entscheidungen und wird so zum Träger von Staatsgewalt. «Damit verfügt sie über eine enorme Machtfülle – ohne demokratische Legitimierung», gibt Zeh zu Recht zu bedenken.

Zum Aufbau eines neuen Staatsapparates entlässt die internationale Mission Lehrer, Richter und andere Beamte und besetzt ihre Stellen neu. Ebenso werden von ihr Eigentumsfragen geregelt, wenn zurückkehrende Flüchtlinge Anspruch auf ihre Häuser erheben. Dies geschieht durch den Erlass von Rechtsakten, die jedoch weder aus einer lokalen noch aus einer der üblichen internationalen Rechtsquellen stammen – deren Rechtsnatur also bis jetzt vollkommen unklar ist.

Auch alle drei Säulen der hoheitlichen Macht übernimmt die internationale Mission in der Regel – und dies in einer Person. Denn diese Kompetenzen liegen im wahrsten Sinne des Wortes in einer Hand, nämlich in derjenigen des

Chefs der jeweiligen Übergangsverwaltung, der das betroffene Land mit der Machtfülle eines Gouverneurs regiert: Er lässt Parlamente und Ministerien gründen und ist dann deren höchster Vorgesetzter. Er erlässt persönlich ein neues Strafbuch, privatisiert Staatsbetriebe, entfernt Staatspräsidenten aus ihrem Amt oder ersetzt Urteile des Verfassungsgerichts durch eigene Entscheidungen. «Diese vollkommene Abwesenheit von Gewaltenteilung würde Montesquieu Tränen in die Augen treiben», kommentiert Zeh treffend.

Neben ihren auch Nichtjuristen verständlichen Ausführungen der komplexen Materie weist die Autorin auch einen Weg aus dem rechtlichen Dilem-



Juli Zeh: Die Diktatur der Demokraten. Warum ohne Recht kein Staat zu machen ist. Edition Körber-Stiftung, Hamburg 2012. 198 S., Fr. 18.20.

ma im aktuellen State-Building der Vereinten Nationen auf: Entweder sollen die internationalen Übergangsverwaltungen eine eigene unabhängige Gerichtsbarkeit einrichten, die den Demokratiedebau kontrolliert und den Bürgern einen Rechtsweg eröffnet. Oder sie sollen dulden, dass die nationalen Verfassungsgerichte ihr Handeln überprüfen, um die Bürger vor Menschenrechtsverletzungen zu schützen.

Notwendige Demokratisierung

Zeh sind viele Leser bei den Staatenbauern der Uno zu wünschen. Denn für diese – und auch da ist der Autorin uneingeschränkt zuzustimmen – dürfte es nach den ernüchternden Erfahrungen mit State-Building-Missionen höchste Zeit sein, ihre Demokratisierungsprojekte endlich selbst zu demokratisieren.

Strategien zum Machterhalt

Aufstieg und Untergang von Imperien

Zwei Historiker untersuchen die Imperien der Weltgeschichte und identifizieren ihren Umgang mit Vielfalt und Heterogenität als zentrale Frage des Machterhalts. Die EU gilt als innovativste Grossmacht der heutigen Zeit.

Wolfgang Taus

«Die Vergangenheit liefert keine eindeutigen Modelle zur Errichtung besserer Gemeinwesen, aber die Erkundung historischer Bahnen erinnert uns daran, dass die Gegenwart nicht immer schon da war.» Die beiden renommierten amerikanischen Historiker Jane Burbank und Frederick Cooper verlassen sich in ihrer gelungenen Darstellung des Aufstiegs und Untergangs von Imperien nicht auf die üblichen Abkürzungen und Wegweiser wie etwa den Übergang vom Imperium zum Nationalstaat. Stattdessen untersuchen die Autoren die mannigfache Art und Weise, wie verschiedene Imperien funktionierten, und betrachten zeitübergreifend und in verschiedenen Zusammenhängen Ausmass und Grenzen ihrer Leistungen. Konkret geht es um die Herausarbeitung des jeweiligen Repertoires der Macht – modern gesprochen von «hard power» und «soft power» – vom antiken Rom und vom alten China bis hin zum britischen Empire, zu den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union.

Vielfalt als Herrschaftsmittel

Der Umgang der verschiedenen Mächte mit der sie umgebenden Vielfalt ist es, worauf der Fokus dieses Buches liegt. Laut den Autoren verfolgten Imperien unterschiedliche «Strategien der Differenz» und setzten Verschiedenheit als Herrschaftsinstrument ein. Dabei achteten sie darauf, dass die Bande von Eliten und Gruppen zum Souverän stärker waren als die Beziehungen der imperialen Untertanen untereinander.

Heute versucht neben dem wieder aufgestiegenen China das neue Russland alte imperiale Stärke und Machtprojektion wiederzugewinnen. Die USA gelten als einzig verbliebene Weltmacht, die sich in einer zunehmend multipolaren Welt zu behaupten habe.

Innovative EU

Die innovativste der heutigen Grossmächte sei aber die EU. Europa war vom 5. bis zum 20. Jahrhundert in den Kämpfen um die hegemonialen Bestrebungen seiner Eliten gefangen gewesen. Heute könne jeder, der die verlassenen Zollämter entlang der Grenzen passiere, die bemerkenswerte Leistung der Union erimmen, betonen die Autoren. Am wirkungsvollsten funktioniere die konföderative Struktur der Union aber, wenn sie ihre Ambitionen auf Verwal-



Jane Burbank, Frederick Cooper: Imperien der Weltgeschichte. Das Repertoire der Macht vom Alten Rom und China bis heute. Campus, Frankfurt am Main 2012. 590 S., Fr. 59.90.

tung und Regulierung beschränke. Die Europäische Union habe die politische Loyalität der meisten Menschen auf ihren Territorien nicht sicher gewonnen. Ihre Führer hätten aber die Möglichkeit, gegenüber äusseren Mächten geschlossen zu handeln und Konflikte unter Mitgliedsländern einzudämmen. «Das europäische Konzert spielt neue Musik, obwohl nicht klar ist, wer zuhört», lautet das Fazit der Autoren.

Die Herausforderung für die Zukunft bestehe darin, sich neue Gemeinwesen vorzustellen, die weithin gehegten Wünsche nach politischer Zugehörigkeit, Chancengleichheit und gegenseitiger Achtung anzuerkennen, balancieren die Autoren.